



**Stadt Leverkusen**

Antrag Nr. 2026/0301

**Der Oberbürgermeister**

I/01-011-20-06-he

**Dezernat/Fachbereich/AZ**

08.04.2026

**Datum**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Finanzausschuss</b>	04.05.2026	Beratung	öffentlich
<b>Rat der Stadt Leverkusen</b>	18.05.2026	Entscheidung	öffentlich

**Betreff:**

Konsequentes Vorgehen gegen Clan- und Bandenkriminalität in Leverkusen  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 06.04.2026

**Anlage/n:**

0301 - Antrag



Herrn  
Oberbürgermeister  
Stefan Hebbel  
Friedrich-Ebert-Platz 1  
  
51373 Leverkusen

Friedrich-Ebert-Straße 96  
51373 Leverkusen  
Telefon: 02 14 / 406-87 20

info@cdufraktion-lev.de  
<http://cdufraktion-lev.de>

Unser Zeichen: tf / mdp

Leverkusen, 6. April 2026

## **Konsequentes Vorgehen gegen Clan- und Bandenkriminalität in Leverkusen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnungen der zuständigen Gremien:

### **Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt:**

- 1. Der Rat der Stadt Leverkusen stellt sich entschieden gegen Clan- und Bandenkriminalität in unserer Stadt und setzt sich für eine konsequente Null-Toleranz-Strategie gegenüber kriminellen Strukturen, rechtsfreien Räumen und jeglicher Form organisierter, gewaltbereiter oder einschüchternder Kriminalität ein.**
- 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zeitnah eine Sondersitzung des kriminalpräventiven Rates einzuberufen. In dieser Sondersitzung sollen die Polizei und die Stadtverwaltung gemeinsam über die bestehende Zusammenarbeit berichten, die aktuelle Lage zur Clan- und Bandenkriminalität darstellen sowie die derzeit umgesetzten Maßnahmen und relevanten Handlungsfelder umfassend erläutern. Dabei sollen insbesondere auch bestehende kooperative Ansätze dargestellt werden. Darüber hinaus ist aufzuzeigen, wie das gemeinsame Vorgehen künftig fortgeführt, weiterentwickelt und verstärkt werden soll, um Clan- und Bandenkriminalität wirksam und nachhaltig zu bekämpfen.**

### Begründung

Die Bürgerinnen und Bürger in Leverkusen haben einen berechtigten Anspruch darauf, in einer sicheren Stadt zu leben, in der Recht und Gesetz ohne Einschränkung durchgesetzt werden. Clan- und Bandenkriminalität steht diesem Anspruch in besonderer Weise entgegen. Sie gefährdet nicht nur die öffentliche Sicherheit, sondern untergräbt auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates und der zuständigen Behörden. Wo kriminelle Strukturen auftreten, Einschüchterung ausgeübt wird oder sich der Eindruck verfestigt, dass sich einzelne Gruppen bewusst außerhalb geltender Regeln bewegen, ist ein klares politisches Signal erforderlich.

Der Rat der Stadt Leverkusen muss deshalb unmissverständlich deutlich machen, dass Clan- und Bandenkriminalität in unserer Stadt keinen Platz hat. Eine konsequente Null-Toleranz-Strategie ist dabei Ausdruck einer klaren politischen Haltung: Straftaten, rechtsfreie Räume, Gewalt gegen Einsatzkräfte, organisierte kriminelle Strukturen und jede Form der Missachtung staatlicher Autorität dürfen weder verharmlost noch hingegenommen werden. Es geht darum, Recht und Ordnung sichtbar durchzusetzen und den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass Politik und Verwaltung entschlossen handeln.

Zugleich ist es notwendig, die bestehende Lage in Leverkusen sachlich, strukturiert und transparent darzustellen. Eine Sondersitzung des kriminalpräventiven Rates bietet hierfür den geeigneten Rahmen. Sie ermöglicht es, Politik, Verwaltung und Polizei an einen Tisch zu bringen und ein gemeinsames Bild über die aktuelle Lage zur Clan- und Bandenkriminalität zu vermitteln. Dabei geht es nicht nur um eine Bestandsaufnahme, sondern auch um die nachvollziehbare Darstellung der bereits laufenden Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Polizei.

Gerade bei der Bekämpfung von Clan- und Bandenkriminalität kommt es entscheidend auf abgestimmtes und ressortübergreifendes Handeln an. Neben repressiven Maßnahmen der Polizei spielen auch kommunale Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten eine wichtige Rolle. Deshalb ist es sinnvoll und notwendig, in einer Sondersitzung des kriminalpräventiven Rates die bestehenden Maßnahmen, Handlungsfelder und kooperativen Ansätze umfassend darzustellen. Auf diese Weise kann deutlich werden, welche Instrumente bereits eingesetzt werden, wo weiterer Handlungsbedarf besteht und mit welchen Schritten das gemeinsame Vorgehen künftig fortgesetzt und verstärkt werden soll.

Auch vor dem Hintergrund aktueller sicherheitsrelevanter Entwicklungen ist eine solche Beratung geboten. Wenn es zu größeren Eskalationen, Gewalttaten oder Angriffen auf Einsatzkräfte kommt, zeigt sich, wie wichtig ein eng abgestimmtes Zusammenwirken aller zuständigen Stellen ist. Der kriminalpräventive Rat ist daher das richtige Gremium, um die aktuelle Lage einzuordnen, Verantwortung sichtbar wahrzunehmen und konkrete Perspektiven für ein noch entschlosseneres Vorgehen gegen Clan- und Bandenkriminalität aufzuzeigen.

Dabei gilt ausdrücklich: Die Bekämpfung von Clan- und Bandenkriminalität darf nicht mit pauschalen Verdächtigungen verwechselt werden. Es geht nicht um die Stigmatisierung von Familien, Herkunft oder Milieus, sondern um das entschlossene Vorgehen gegen kriminelle Strukturen und gegen diejenigen, die Straftaten begehen, organisieren oder fördern. Gerade deshalb ist eine sachliche, faktenbasierte und gemeinsame Berichterstattung von Polizei und Stadtverwaltung wichtig.

Mit dem vorliegenden Antrag verbindet der Rat der Stadt Leverkusen daher zwei notwendige Schritte: erstens eine klare politische Positionierung gegen Clan- und Bandenkriminalität und zweitens die konkrete Befassung des kriminalpräventiven Rates mit der aktuellen Lage, den bestehenden Maßnahmen und den weiteren Handlungsoptionen. So wird ein deutliches Signal für Sicherheit, Ordnung und konsequentes staatliches Handeln in Leverkusen gesetzt.

Mit freundlichen Grüßen

  
Tim Feister  
Fraktionsvorsitzender

  
Menelaos Georgiou  
Ratsmitglied